

Sozial- und Familienpolitik in Deutschland stehen unter dem Zwang, das „demografische Problem“ lösen zu müssen: Die kollektive Alterung des deutschen Volkes könnte zu einem Kollaps unserer sozialen Sicherungssysteme führen. Als unumgängliche Lösung des Problems ist die Zuwanderung im politischen Gespräch. Als einhergehende Folge wird eine multikulturelle und multiethnische Gesellschaft in Kauf genommen oder sogar gewünscht.

Das Propagieren einer multikulturellen oder multiethnischen Gesellschaft ist eine Art Ideologie: ein politisches Glaubensbekenntnis, das sich ungern an der Realität orientiert – allerdings genau das Gegenteil vorgibt. Es scheint, als lebte eine langfristige Sozialpolitik, die auf Zuwanderung hofft, um den Zusammenbruch unserer sozialen Sicherungssysteme zu verhindern, von Wünschbarkeiten. In der Diskussion fehlt, wenn ich es recht übersehe, die klare Erwägung möglicher und wahrscheinlicher Folgen der Zuwanderung. Die Einschränkung innerhalb der politischen Debatte – die ohnehin möglichst „intern“, fern der „Stammtische“, also jenseits der Mehrheitsmeinung geführt werden soll – besteht keineswegs darin, Einwanderung als Lösung des Geburtenproblems ins Spiel bringen zu dürfen. Tabuisiert wird vielmehr eine wirklichkeitsbezogene Erörterung dessen, was „zuwanderungsbewusste Familienpolitik“ bedeuten könnte. Die Debatte über mögliche Fehleinschätzungen und übertriebene Erwar-

tungen darf nicht ideologisch geführt werden. Sie muss sich in ihren Prognosen an Tatsachen orientieren. Auf einige Problemfelder sollte hier aufmerksam gemacht werden.

Sollen die sozialen Folgerungen der demografischen Entwicklung in Deutschland durch Zuwanderung reguliert werden, muss man davon ausgehen, dass die einwandernden Neubürger an dem Gemeinwohl interessiert sind. Sie wandern in eine Solidar- und Schicksalsgemeinschaft ein. Wer hier leben und am politischen und sozialen Gemeinwesen teilhaben will, wird sich demnach integrieren wollen. Oder ist das eine Voraussetzung, von der wir nicht mehr ausgehen dürfen?

Zuwanderung kann sich nur, will der Staat stabil bleiben, als Integration, als Eingliederung vollziehen. Entscheidend für das Verhalten, die Einstellung von Einwanderergruppen im Gastgeberland ist ihre zahlenmäßige Stärke im Vergleich mit der einheimischen Bevölkerung. Massenzuwanderung kann die Integrationsfähigkeit eines Landes überfordern. In den letzten Jahren hat sich Deutschland zum wichtigsten Einwanderungsland der Welt entwickelt. Wir haben mehr Einwanderung pro Kopf der Bevölkerung aufzuweisen als die traditionellen Einwanderungsländer USA, Kanada oder Australien. Und einige Folgen der bisherigen Einwanderung nach Deutschland sind wenig ermutigend. Kann von Integration, von wirklichem Integrationswillen die Rede sein?

Was heißt Integration? Es geht eben nicht nur darum, Verfassung und Gesetze einzuhalten, sondern auch ungeschriebene Normen, letztlich traditionell gewachsene Verhaltensweisen, die einen Staat erst zum Staat machen: Hier ist die Einstellung zu Rechten und Pflichten, zum Dasein der Geschlechter, zum Verhältnis von Politik und Religion, zum Eigentum gemeint. Kann es eine Anpassung von Einwanderern geben, wenn grundsätzliche Unterschiede in Wertefragen bestehen? Wie tragfähig ist ein bloßer Verfassungspatriotismus? Das wird sich entscheiden, wenn ernsthaft Loyalität gefragt sein sollte.

### Ethnisierung und soziale Differenzierung

Wenn kulturelle Wertesysteme sehr unterschiedlich sind und der Wille zur Integration in die Leitkultur fehlt, ist Ghettoisierung die Folge, und zwar quasi freiwillige Ghettoisierung. Ethnisch geschlossene Siedlungsmuster sind das Merkmal aller multiethnischen Staaten. Versuche, diese Verhärtungen bei uns aufzulösen, sind gescheitert. Die „Ethnisierung“ unserer Großstädte ist ein Faktum. In Berlin hat sogar die verbürgerlichte linksalternative Szene die Flucht aus einigen innerstädtischen Gebieten ergriffen. Oft sind Einwanderergruppen besonders in den sozial schwächeren Stadtteilen angesiedelt. Die Ethnisierung ist – und darin liegt das Problem – nicht schwächer geworden, sondern verfestigt sich. Die „alte Heimat“ bleibt auch für Einwandererkinder der dritten Generation die eigentliche Heimat. Es entsteht eine Diaspora mit dem Anspruch, im Gastland das Recht auf ein eigenes Milieu zu haben. Zahlreiche Politiker unterstützen dieses Ansinnen.

Die zunehmende Ethnisierung geht einher mit sozialer Differenzierung. Im Wettbewerb um Arbeitsplätze, Wohnungen und Sozialleistungen kommt es na-

turgemäß zu (Gefühlen der) Bedrängnis und Benachteiligung sowie Interessengegensätzen. Die wachsende Zustimmung zu radikalem, religiösen, nationalistischen Gedankengut unter den Einwanderergruppen ist fester und von Jahr zu Jahr umfangreicher werdender Bestandteil jedes Verfassungsschutzberichtes. Damit einher geht die Abschottung und Radikalisierung vor allem der jungen Einwanderergeneration. Die Entwicklungstendenzen sind Besorgnis erregend.

Ist der demografische Faktor eine begründete Rechtfertigung für weitere Zuwanderung? Führt Zuwanderung zur „Verjüngung“ einer rapide alternden Bevölkerung? Auch fünfzehn Millionen Zuwanderer bis 2040 würden laut Berechnungen des Statistischen Bundesamtes das Durchschnittsalter in Deutschland lediglich von 68 auf 65 vermindern. Der Bevölkerungswissenschaftler Helmut Birg von der Universität Bielefeld stellt entsprechend fest: „Zu glauben, Migration sei langfristig ein wirksames Mittel gegen Bevölkerungsschwund, ist ein Trugschluss. Einzig und allein höhere Geburtenraten dienen langfristig als wirksames Mittel gegen die Überalterung der Bevölkerung.“

Massenzuwanderung kann unser demografisches Problem nicht lösen. Soll sie es überhaupt? Wie wird unsere Gesellschaft in Zukunft aussehen? 1988 schrieb die Regierung Kohl in der Begründung des Entwurfes für ein neues Ausländergesetz, die Zuwanderung von Ausländern bedeute „Verzicht auf die Homogenität der Gesellschaft, die im Wesentlichen durch die Zugehörigkeit zur deutschen Nation bestimmt wird. [...] Die gemeinsame deutsche Geschichte, Tradition, Sprache und Kultur verlören ihre einigende und prägende Kraft.“ Man kann das wollen und befördern, man soll das aber auch so klar sagen, unabhängig davon, ob Wahlkampf ist oder nicht!

*Damit die in Deutschland lebenden Ausländer auch weiterhin als Bereicherung empfunden werden können, darf Zuwanderung nicht zum Ersatz werden für verantwortliche Bevölkerungs- und Familienpolitik. Hier eine türkische Hochzeitsfeier in Herten.*

Foto: dpa, Franz-Peter Tschauner



Die entscheidende politische Frage ist, ob ein Zuwachs von Millionen von Ausländern – wie viele müssten es sein, um unser demografisches Problem zu lösen? – zu integrieren und zu administrieren wäre. Sicher nicht! Warum tun wir also so, als bestünde da keine Schwierigkeit? Die Ideologie der „multikulturellen Gesellschaft“ hat ihre Funktionsfähigkeit nicht einmal in fetten Jahren unter Beweis gestellt. Was wird erst, wenn der Staat spürbar sparen muss? Die Stabilität unserer Gesellschaft beruht nicht zuletzt auf Wohlstand und sozialer Absicherung. Was geschieht in Zeiten einer politischen, ökonomischen Krise? Eine multikulturelle Gesellschaft in Deutschland birgt spezifische Konfliktpotenziale, die bei scheiternder Integration Realität werden könnten. Wir müssen das klar sehen. Zuwanderung kann positive Auswirkungen haben, sie kann aber auch Staaten destabilisieren.

Die UNO berechnet den Bedarf an nötiger Immigration nach Deutschland auf rund 500 000 Menschen pro Jahr. Im Jahr 2030 würden bereits dreißig Prozent der Bevölkerung aus Einwanderern und ihren Nachkommen bestehen. Ob diese Bevölkerung sich um die Sicherung des deutschen Rentensystems kümmern wird?

Ausländer bereichern unsere Gesellschaft. Doch sollten wir deshalb in der politischen Diskussion die Vorteile einer historisch gewachsenen, relativ homogenen Gesellschaft ausblenden und die Nachteile der multikulturellen Gesellschaft unbenannt lassen, die Diskussion darüber wegen zahlloser politisch korrekter Bedenklichkeiten und geschichtspolitischer Argumente meiden? Es gibt verschiedene Arten sozialer Bindungen. Kollektives Verhalten wird offenbar auch durch die Zugehörigkeit zu einer Volksgruppe be-

stimmt. Individualismus etwa ist ein typisch westlicher Wert – und ich möchte ihn unbedingt erhalten wissen. Auch und gerade das Modell der idealen Kommunikations- und Konsensgemeinschaft ist im Übrigen stark abhängig von europäischen Werten und Denktraditionen.

Wir werden hier nicht ausführlich darüber reden, dass es kaum eine Deliktart der Schwerektriminalität gibt, an der Ausländer nicht mindestens dreimal häufiger beteiligt sind, als es ihrem Bevölkerungsanteil entspricht. Aber wir sollten nicht so tun, als gäbe es solche Statistiken nicht. Auch die signifikanten Unterschiede zwischen EU- und Nicht-EU-Ausländern sowie den Transfer von Konflikten aus den Heimatländern dürfen wir bei Debatten über Einwanderung nicht vergessen. Und alles andere als unerheblich ist, dass das Gewaltmonopol auf den meisten Schulhöfen bei den Kindern der Zugewanderten liegt.

### Fragwürdige Argumentation

Keineswegs neigen Einwanderer dazu, sich sofort der Kultur des Gastgeberlandes anzupassen, erst recht nicht, wenn diese Kultur alles sein möchte, nur keine „Leitkultur“ im eigenen Land. In der Bevölkerungsdebatte geht es freilich zuvörderst um ökonomische Fragen. Der Zuwanderer wird als „Steuer- und Rentenzahler“ gesehen. Aber entspricht dem auch die politische Argumentation? Wie sieht die Bilanz aus? Auf der einen Seite stehen die erwirtschafteten und abgeführten Steuern und Abgaben, auf der anderen Seite die in Anspruch genommenen staatlichen Leistungen (wie Kindergeld), dazu gehören auch die indirekten Kosten, also für Bildung, Justiz, Verwaltung, Integrationsleistungen. Gibt es darüber Zahlen? Es wird mittlerweile gefordert, Kindern ohne legalen Aufenthaltsstatus in Deutschland einen Schulbesuch zu ermöglichen. Wer bezahlt das? 1998 wurden 23,3 Prozent des Sozialhaushalts

für Ausländer aufgewendet – bei sieben Prozent Wohnbevölkerung.

„Die Wurzeln von wirtschaftlichem Verhalten liegen im Bereich des Bewusstseins und der Kultur“, schrieb Francis Fukuyama. Diese Erkenntnis ist nicht neu. In den USA gibt es über dieses Phänomen ausgiebige Studien. Es sieht nicht so aus, als würden sich alle Ausländer unserer Kultur (und das eben meint auch Kultur der Arbeitswelt) anpassen (wollen): stärker werdende Sprachdefizite (die dritte Generation spricht schlechter Deutsch als die zweite), wenig berufliche Mobilität, relativ niedrige durchschnittliche Schulabschlüsse...

Um die Sozial- und Rentenkassen stützen zu können, müssten sich die Zuwanderer im gleichen Verhältnis zu ihrem Bevölkerungsanteil (und gemessen an der Beschäftigungsquote der Deutschen) in sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen befinden. Das ist jedoch nicht der Fall. 1970 waren bei einer ausländischen Wohnbevölkerung von 2 976 000 insgesamt 1 839 000 Ausländer sozialversicherungspflichtig beschäftigt. 1999 waren es lediglich 2 015 000 bei einer Wohnbevölkerung von fast 7 350 000. Die relative Differenz zwischen der Arbeitslosenquote insgesamt und der der Ausländer beträgt mittlerweile 109 Prozent.

Ethnische Bruchlinien erweisen sich als lange existent. Wirtschaftliche Krisen führen schnell zu ethnischen Konflikten. Wir müssen das auch in der politischen Diskussion um Rentensysteme bedenken. Die Wirtschaft, die Einwanderung fordert, denkt an die sozialen und politischen Folgekosten der Einwanderung wenig. Und das Modell einer selektiven Zuwanderung bedeutet tatsächlich eine Ausplünderung der Dritten Welt. Die einzige Alternative besteht offenbar in einer Familienpolitik, die eng verknüpft ist mit Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik und ergänzt wird durch eine moderate Zuwanderung.